

Die USA erwägen nicht den Austausch ihrer von der FARC in Caquetá entführten Bürger

"Wir kennen die Berichte über die Forderung der FARC. Wir fordern, dass die Amerikaner sofort freigelassen werden und erinnern die FARC daran, dass sie für ihre Sicherheit und ihr Wohlergehen verantwortlich sind", sagte gestern der Sprecher des State Departments, Charles Barclay. Barclay, Sprecher für Angelegenheiten der westlichen Hemisphäre, fügte hinzu: "Wir arbeiten weiter mit der kolumbianischen Regierung zusammen um alles in unseren Kräften Stehende für Operationen der Suche und der Rettung". Hinsichtlich dieser Anstrengungen bestätigte ein anderer Sprecher des US-Außenamts, Philip Reeker, dass die USA zusätzliches Personal nach Kolumbien entsandt habe, um an diesen Operationen teilzunehmen. Reeker erklärte jedoch, die Zahl dieser Kräfte liege nicht bei 150 und erklärte, diese Verwirrung sei entstanden, weil zur selben Zeit sein Land andere Truppen nach Kolumbien verlegt habe, die im Rahmen des "Plan Colombia" dorthin entsandt worden seien.

Der Defensor del Pueblo (Ombudsmann für Menschenrechte, A.d.Ü.), Eduardo Cifuentes, erklärte seinerseits, die Verlautbarung der FARC interpretiere er als Beweis, dass diese Organisation "sich sicher ist, dass sie die Amerikaner in Gebiete verlegt habe, die für Gegenmaßnahmen unzugänglich sind". Er sagte weiter, die FARC versuche, auf die Machbarkeit eines Austausches zu drängen und diesem einen internationalen Charakter zu geben, "um so die Position einer wirklichen Kriegspartei (nach der Haager Landkriegsordnung, A.d.Ü.) zu erlangen".

Der frühere Minister Angelino Garzón, der von der Regierung nominierten Unterstützungskommission (zur Vorbereitung eines allg. Gefangenenaustauschs und von Kontakten Regierung - FARC, A.d.Ü.) angehört, informierte, dass die Kommission die Verlautbarung der FARC zusammen mit dem Sonderbeauftragten für Frieden analysiere. "Wir arbeiten daran, verlässliche Voraussetzungen zu schaffen, damit die Sprecher von Regierung und FARC eine humanitäre Übereinkunft in direkten Gesprächen diskutieren können", sagte er. Inzwischen erklärten Angehörige der von der FARC entführten kolumbianischen Bürger, "jetzt mehr als zuvor muss diese Übereinkunft hergestellt werden".....

Gleichwohl schätzt der Journalist Guillermo "Die Ziege" Cortéz, der sich ebenfalls mit dem Thema des humanitären Abkommens beschäftigt und der selbst früher von der FARC entführt worden war, dass "der Fall sich dadurch kompliziert, dass die Regierung der USA offensichtlich keinen Austausch erlauben wird".

Der Vizepräsident Kolumbiens, Francisco Santos, versicherte, die Anwesenheit von mehr US-Beratern auf kolumbianischem Boden bedeute keine "Vietnamisierung des kolumbianischen Konflikts", wie einige das ausdrücken. "Diese Leute veranstalten einen Sturm im Wasserglas", fügte er hinzu.....